

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5609

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5609



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

BFS MPS



AKTIONS- PROGRAMM DER BEWEGUNG FÜR DEN SOZIALISMUS

Oktober 2025

Die Bewegung für den Sozialismus/Mouvement pour le Socialisme/
Movimento per il Socialismo (BFS/MPS) ist eine schweizweit aktive ökosozialistische
und feministische Organisation. Wir beteiligen uns an sozialen Bewegungen und
fördern dabei die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten mit dem Ziel
unserer Selbstemanzipation zur Überwindung des Kapitalismus.
Der Aufbau einer revolutionären Organisation dient für uns diesem Zweck.

KONGRESS BFG/HPG 2026

NAME

SEKTION

Aktionsprogramm der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS)

Das folgende Aktionsprogramm, das am Kongress der Bewegung für den Sozialismus im Oktober 2025 verabschiedet wurde, hat zum Ziel, den politischen Interventionen der BFS/MPS in den kommenden Jahren auf nationaler und regionaler Ebene einen gemeinsamen Rahmen zu geben. Es soll uns dabei unterstützen, in Kontakt mit befreundeten Kollektiven zu treten und den schweizweiten Aufbau antikapitalistischer Kräfte zu fördern. Wir skizzieren im Aktionsprogramm den globalen und nationalen Kontext des Kapitalismus, formulieren unsere politisch-strategische Ausrichtung, und nennen unsere zentralen Interventionsachsen sowie die Ziele für den Organisationsaufbau. Dabei handelt es sich selbstredend um einen Text, der in einem konkreten Moment geschrieben wurde und in diesen umbruchreichen Zeiten, die wir erleben, können sich die Verhältnisse auch unvorhergesehen verändern und nach anderen Antworten unsererseits verlangen.

← **Kongress der BFS/MPS,
Oktober 2025**

1 Kontext

S. 4

**Internationaler
Kontext
S. 5**

**Schweizer
Kontext
S. 10**

2 Politisch- strategische Ausrichtung

S. 16

3 Interventions- achsen, Kampagnen und Aufgaben

S. 20

**Prioritäre Interventionen
S. 21**

**Weitere Interventionsachsen
S. 24**

**Arbeitsschwerpunkt
und Kampagne
S. 26**

**Aufgaben
S. 27**

1

Kontext

Internationaler Kontext

Multiple Krisen des Kapitalismus, imperialistische Spannungen und Aufstieg des Faschismus

Der jahrzehntelange neoliberale Umbau der Welt hat zu einer tiefen Krise der bürgerlich-liberalen Hegemonie geführt. Das Erstarken der extremen Rechten ist die Folge. Die zunehmenden globalen Spannungen führen zu einem Wettrüsten und einer Militarisierung der Gesellschaften. Die Klimakatastrophe und die Bedürfnisse der Menschen geraten in Vergessenheit. Errungenschaften der feministischen Bewegungen werden in Frage gestellt und rassistische Hetze und Abschottung greifen um sich. Es ist an uns, die Notbremse zu ziehen.

Die Stabilisierung des Kapitalismus ist nicht absehbar.

Die gegenwärtigen Kriege, Krisen und Konflikte haben ihre Ursache in der kapitalistischen Produktionsweise, die auf der privaten Aneignung des gesellschaftlich produzierten und von der Natur bereitgestellten Reichtums beruht. Der Profitzwang im Kapitalismus führt zu immer wiederkehrenden Überproduktions- und Überakkumulationskrisen. Jedoch haben weder die letzte grosse Wirtschaftskrise und Finanzkrise 2007/08 noch der Wirtschaftseinbruch 2020 aufgrund der Pandemie zu einer genügend grossen Vernichtung von überschüssigem Kapital geführt, was ihm längerfristig anhaltende Anlagemöglichkeiten ermöglicht hätte. Die Interventionen der Staaten und Zentralbanken zur Rettung maroder Banken und zur Flutung der Märkte mit billigen Krediten haben dies verhindert. Ein neuer Profitzyklus, der dem globalen Kapitalismus wieder eine zuverlässige wirtschaftliche Wachstumsphase ermöglichen würde, ist nicht in Sicht.

Die instabilen Wachstums- und Profitaussichten und der globale Wettbewerb führen zu einer verschärften Konkurrenz um die Kontrolle von Wertschöpfungsketten, strategischen Bodenschätzen, neuen Absatzmärkten und profitablen Anlagemöglichkeiten. Der kapitalistische Wachstumszwang macht das Finanzkapital in dieser Situation zwangsläufig risikofreudiger. Staaten agieren

aussenpolitisch aggressiver. Imperialistische Rivalitäten und Konflikte sowie ökonomische und soziale Unsicherheiten sind die Folge.

Die Macht des Kapitals und die globalen Ungleichheiten nehmen zu.

Die fortwährende neokoloniale Ausbeutung der Rohstoffe des Globalen Südens durch internationale Konzerne, die Globalisierung der Wertschöpfungsketten, die Ausdifferenzierung der internationalen Arbeitsteilung sowie die Kontrolle der Migrationsströme sorgen für einen Werttransfer von den ärmeren zu den reicheren Ländern. Gleichzeitig ist seit der Krise 2007/08 eine multipolare und regionale Neuordnung des Kapitalismus zu beobachten. Die Beschleunigung der Umschlagszeit des Kapitals (mit dem Ziel, die Masse an Mehrwert zu erhöhen) führt zu einer teilweisen Re-Regionalisierung der Produktion. Global agierende Konzerne versuchen, Überkapazitäten in der Produktion unter Kontrolle zu bringen und den immer schneller wechselnden Bedürfnissen der Märkte (Just-in-time-Produktion, Fast Fashion etc.) durch verstärkten Zugriff auf regionale Märkte gerecht zu werden. Die ungleiche und kombinierte Entwicklung des globalen Kapitalismus verstärkt sich.

Der Prozess der Konzentration und Zentralisation des Kapitals schreitet dabei weiter voran. So entstehen immer mächtigere transnationale Konzerne (v.a. in der Öl- und Gasförderung, der Industrieproduktion, dem (Rohstoff-)Handel und der IT-Branche), die durch die Kontrolle globaler Produktionsketten direkt oder indirekt Hunderttausende von Arbeitskräften weltweit ausbeuten. Hinzu kommen Banken und Investmentfonds wie Blackrock oder Vanguard, die sich durch ihre weltweiten Beteiligungen an Konzernen einen Teil des produzierten Mehrwerts aneignen. Die «Gesetze des Marktes» werden auf scheinbar paradoxe Weise durch die Ergebnisse des Wettbewerbs selbst ausgehebelt, der monopolistische Strukturen und Kartellbildungen verstärkt, die ihrerseits immer wieder in Frage gestellt werden. Der Kapitalismus ist ein System in permanentem Ungleichgewicht.

Das grundlegende Ziel der Restrukturierung der internationalen Arbeitsteilung durch die transnationalen Konzerne ist die Sicherung bzw. Steigerung der (stagnierenden) Profite und die Umverteilung der Profite in Dividenden, was die ungleiche Verteilung des produzierten Reichtums weiter

Die Aufteilung der Welt beginnt von Neuem.

vertieft. Das in den (sub-)imperialistischen Ländern hoch konzentrierte Privateigentum, das ständig den Erfordernissen der globalisierten beschleunigten Kapitalakkumulation unterworfen ist (d.h. der produktiven Investition des Mehrwerts auf der Grundlage der erwarteten Rentabilität), macht die Weltwirtschaft tendenziell krisenanfälliger. Deutlich zutage tritt dies in Bezug auf den Bruch des «Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur» (Marx).

Die Klimakrise wird ungehindert vorangetrieben.

Die Logik des Kapitals ist eine kurzfristige und profitorientierte. Die wirtschaftliche Profitabilität steht über allem, ökologisch nachhaltige Entscheidungen kommen zuletzt. Während die bürgerlichen Demokratien in den letzten 20 Jahren immerhin noch die Quadratur des Kreises versucht und grünen Kapitalismus beschworen haben, geht mit der politischen Instabilität ein fossiler Backlash einher, der den Kampf gegen die Klimakatastrophe zum Nebenschauplatz degradiert. Die Pariser Klimaziele von 2015, auf die sich die Staaten verbindlich geeinigt hatten, sind vergessen. Die UN-Klimakonferenzen (COP) haben sich durch ihre Wirkungslosigkeit und ihre Durchführung in ölproduzierenden, autoritären Staaten (Vereinigte Arabische Emirate, Aserbaidschan) völlig diskreditiert. Wo Menschen gegen die ökologische Zerstörung protestieren, sind sie zunehmender Repression ausgesetzt, ob in Kolumbien oder Lützerath. Klimaaktivist:innen werden als Terrorist:innen verschrien.

Die Erderwärmung treibt den Planeten immer weiter über seine planetarischen Grenzen hinaus, so dass sich in wenigen Jahrzehnten grosse Regionen der Erde in lebensfeindliche Zonen verwandeln werden. Migrationsprozesse bisher unbekanntem Ausmasses werden die Folge sein. Die Staaten des globalen Nordens werden versuchen, ihr «Wohlstandsmodell» zu verteidigen, indem sie Migrationsströme kontrollieren und abwehren. Die globale soziale Ungleichheit wird zementiert.

Eine Stabilisierung der ökologischen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Weltlage ist in den kommenden Jahren nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Die vielfältigen Krisenherde des Kapitalismus werden sich noch verstärken und gegenseitig verschärfen.

Die europäische Nachkriegsordnung seit 1945 und die unipolare Welt unter der alleinigen Hegemonie des US-Imperialismus nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 sind im tiefgreifenden Wandel begriffen. Auch wenn der US-Imperialismus aufgrund seiner militärischen Stärke und des US-Dollars als Leitwährung weiterhin dominant ist, verändert der Aufstieg Chinas die geopolitische Landschaft. Die Massnahmen und Verlautbarungen von US-Präsident Donald Trump seit seinem erneuten Amtsantritt 2025 sind Ausdruck einer qualitativen Neuorientierung des US-Imperialismus. Die Folgen und der politische Stellenwert dieser Reorientierung des Weltmarktes und der Kräfteverhältnisse zwischen den kapitalistischen Grossmächten sind noch kaum absehbar.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine läutete schliesslich eine neue Phase imperialistischer Expansion ein. Die imperialen Grossmächte USA, China und Russland sind dabei, ihre Einflussphären neu aufzuteilen, wobei der europäische Imperialismus immer mehr dem US-amerikanischen folgt. Der grossrussische Chauvinist Wladimir Putin betrachtet die Länder der ehemaligen Sowjetunion als seinen «Hinterhof», den er sich notfalls mit Krieg unterwirft. Trump tut es ihm gleich und erhebt imperiale Ansprüche auf Grönland, den Golf von Mexiko und die Rohstoffe der Ukraine. China wiederum baut seine ökonomische Macht in Südostasien, Afrika, Lateinamerika und Europa ungehemmt aus. Im Südchinesischen Meer konkurriert das Land mit den USA um die maritime Vorherrschaft im Pazifik. Im Frühjahr 2025 lieferten sich Indien und Pakistan ein militärisches Kräfteessen um die Kontrolle über Kaschmir. Der Nahe Osten bleibt ein Pulverfass, da die imperialistischen und geostrategischen Interessen der USA, Russlands und Chinas sowie die politischen Herrschaftsansprüche der Regionalmächte Saudi-Arabien, Iran und Israel in einer vielschichtigen und teils widersprüchlichen Konkurrenz zueinander stehen. Der Zusammenbruch des Assad-Regimes in Syrien nach 50-jähriger Diktatur zeigte gleichzeitig, dass der durch den Arabischen Frühling im Jahr 2011 in Gang gesetzte Kampfzyklus jederzeit wieder an die gesellschaftliche Oberfläche treten kann.

In der Vorstellungswelt der extremen Rechten und autoritärer Regime ist die Macht des Stärkeren das Leitprinzip der interna-

tionalen Politik. Kleinere Nationen, die sich nicht verteidigen können, haben in ihrer Vorstellung keine Existenzberechtigung. Die Ansicht teilen die verfeindeten Freunde Trump und Putin. Die von ihnen offen zur Schau gestellten imperialistischen Ambitionen schaffen einen gefährlichen Präzedenzfall für neokoloniale und kriegerische Eroberungen anderer subimperialistischer Regionalmächte und autoritärer Regime.

Die bürgerlich-liberale Hegemonie gelangt an ein Ende.

Die herrschenden Klassen sind orientierungslos und agieren zunehmend autoritär. Jahrzehnte der neoliberalen Umgestaltung der Welt im Interesse der Kapitalist:innen haben nicht nur die westlichen Sozialstaaten ausgehöhlt und zu einer allgemeinen Verinselung der Menschen beigetragen, sondern das Vertrauen in das bürgerlich-liberale «Fortschrittsmodell» insgesamt erschüttert. Die neoliberalen Verheissungen von scheinbar freien Märkten, Welthandel und allgemeinem Wohlstand erweisen sich als Illusion. Trumps Zollpolitik trägt das Ihrige dazu bei. Ganze Landstriche in Europa und den USA verweisen. Die Armut wächst und Nationalismen haben Konjunktur.

Gleichzeitig halten die herrschenden Klassen an ihrer Austeritätspolitik fest und verteidigen die Profitinteressen und die Wettbewerbsfähigkeit des nationalen Kapitals gegen die sozialen Bedürfnisse der arbeitenden Klassen. Demokratische und soziale Grundrechte werden angesichts der sich verschärfenden ökonomischen Verteilungskämpfe in Frage gestellt. Menschenrechte werden auch im «aufgeklärten» Europa zur Makulatur.

Besonders krass zeigt sich dies in der Unterstützung europäischer Regierungen für den Genozid an den Palästinenser:innen. Die Doppelmoral, mit der Regierungen und Medien zwischen der palästinensischen und der ukrainischen Bevölkerung unterscheiden, verstärkt den Vertrauensverlust in das bürgerlich-liberale Wertesystem bei all jenen, die das Leid der Palästinenser:innen nicht ignorieren. Mehrere europäische Staaten, allen voran Deutschland, haben öffentlich angekündigt, den Haftbefehlen des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Joav Gallant nicht Folge zu leisten. Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die westlichen Kapitalfraktionen Israel

als Interessensgarant in der Region brauchen, um weiterhin die Ölvorkommissionen auszubeuten und den fossilen Kapitalismus fortzuführen. UN-Resolutionen, Genozid-Warnungen des Internationalen Gerichtshofs (IGH), Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Netanyahu und Gallant, Appelle von Menschenrechts- und humanitären Organisationen sowie die weltweiten Proteste der Solidaritätsbewegung mit Palästina wurden ignoriert oder als antisemitisch gebrandmarkt. Die Untergrabung des Völkerrechts und die Ignorierung der nach 1945 entstandenen internationalen Gerichtsbarkeit bestärken autoritäre Regimes und Kriegsverbrecher:innen aller Länder in ihrem Expansionskurs.

Die faschistische Gefahr nimmt zu.

Der rechtsextreme argentinische Präsident Milei verkündete am WEF 2025 in Davos stolz, dass die extreme Rechte – er nannte sich selbst, Musk, Meloni, Bukele, Orban, Netanjahu und Trump – eine weltweite «Allianz der Freiheit gegen die Hegemonie der Woke-Linken» bilde (Putin vergass er bei der Aufzählung). Der Erfolg dieser «Allianz» ist das Ergebnis der Krise des bürgerlich-liberalen Gesellschaftsmodells, der Enttäuschung der Menschen über «linke» Regierungen und des Mangels an glaubwürdigen Alternativen zum Kapitalismus.

Die extreme Rechte profitiert von der allgemeinen Verunsicherung, schürt sie und verspricht vermeintliche Stabilität, indem sie extremen Neoliberalismus mit fundamentalistischem Traditionalismus, Nationalismus und Rassismus verbindet. Die Allianz hat auch mit Klasseninteressen zu tun. Die reaktionärsten Teile der herrschenden Klasse im globalen Norden ergreifen die Chance, die Überreste des Wohlfahrtsstaates zu demonstrieren und die Zugeständnisse rückgängig zu machen, die sich die Arbeiter:innen- und sozialen Bewegungen im 20. Jahrhundert erkämpft haben.

Wo die extreme Rechte an der Macht ist, nehmen Autoritarismus und Repression alarmierende Dimensionen an. Die Faschisierung in den USA äussert sich unter anderem im Abbau sozialer und demokratischer Rechte, in Angriffen auf die Pressefreiheit und die Gewaltenteilung, im Einsatz der Nationalgarde zur «Bekämpfung der Kriminalität» sowie in gewalttätigen Razzien der «Grenzschutzbehörde» gegen Migrant:innen und People

of Color, die wie faschistische Banden durch die US-amerikanischen Städte ziehen. Trump und seine Verbündeten kürzen in rasantem Tempo staatliche Angebote und Leistungen und bauen das politische System von oben in Richtung einer autoritären Herrschaft um. Dabei stützen sie sich auf eine riesige Basis ultrakonservativer, evangelikaler und rassistischer Organisationen im ganzen Land. Der autoritäre Regierungsstil dient liberalen und konservativen Regierungen anderer Länder als Vorbild, die wiederum die Forderungen der extremen Rechten bereitwillig umsetzen.

Die Kalten Krieger sind zurück.

Angesichts der imperialistischen Spannungen, der aggressiven Kriegsführung Putins und der unberechenbaren Aussenpolitik Trumps rüsten die europäischen Staaten massiv auf. Wie im Kalten Krieg soll ein «Gleichgewicht des Schreckens» die europäische Sicherheit garantieren. Europa soll kriegstüchtig gemacht werden.

Regierungen, Militärs und sogenannte «Sicherheitsexperten» übertreffen sich Woche für Woche mit neuen kriegstreiberischen Äußerungen. Der österreichische Militärexperte Gressel meinte, es sei besser, die europäischen Staaten verfügten über ein kleines Atomwaffenarsenal, das sie auch einzusetzen bereit seien, als über ein grosses, das ungenutzt bleibe. Der niederländische NATO-Generalsekretär Rutte meinte, Regierungschefs, die nicht massiv in Rüstung investieren, sollten einen Russischkurs besuchen. Der deutsche Militärhistoriker Neitzel warnte, dass Europa 2025 seinen letzten Sommer in Frieden erleben könnte. Und auch der Bundesnachrichtendienst lässt durchblicken, dass sich Russland auf einen Krieg gegen Europa vorbereitet. Diese Aussagen lassen keinen Raum für politische Kompromisse. Die Aufrüstung ist unantastbar. Die Rüstungsindustrie reibt sich die Hände.

Die Aufrüstung nach aussen geht einher mit der Militarisierung der Grenzen und einer Verschärfung der Repression nach innen. Vor allem aber fehlen die Hunderte von Milliarden, die in die Armeen gepumpt werden, beim Ausbau der sozialen Sicherheit, der Infrastruktur und bei der Bekämpfung des Klimawandels. Besonders perfide ist, dass die Unterstützung Westeuropas für die ukrainische Bevölkerung als Rechtfertigung für die Aufrüstungsprogramme dient und gegen den Ausbau des Sozialstaates ausgespielt wird.

Selbstverständlich haben Bevölkerungen, die von Putin oder anderen Imperialist:innen bedroht und angegriffen werden, das Recht auf Selbstverteidigung und Waffenlieferungen. Die aktuellen Aufrüstungsbestrebungen haben aber nichts mit der Unterstützung der Ukraine zu tun, sondern dienen den eigenen imperialen und ökonomischen Interessen Europas.

Die Care-Krise spitzt sich zu.

Die Austeritätspolitik der Staaten, verstärkt durch die Aufrüstung, die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Prekariisierung der Care-Arbeit betreffen FINTA, also Frauen und genderqueere Personen, besonders. Feminisierte Berufe sind häufig Ziel der Sparpolitik, was zu noch höherer Arbeitsbelastung, noch mehr Überstunden und noch schlechterer Bezahlung führt. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Kapitalismus weist aber Frauen zusätzlich zur Lohnarbeit die Aufgabe zu, die Kinder zu betreuen und zu erziehen, die Hausarbeit zu machen und weitere Care-Arbeit zu übernehmen – und das unbezahlt. Der Kapitalismus baut nämlich darauf auf, dass er für die soziale Reproduktion wenig oder nichts bezahlen muss. Dadurch externalisiert er die für die Wiederherstellung der Arbeitskräfte notwendigen Kosten an FINTA, Familien und Gemeinschaften. Durch die neoliberale Sparpolitik spitzt sich der innere Widerspruch des Kapitalismus – nämlich, dass er möglichst wenig für die soziale Reproduktion bezahlen will, aber gleichzeitig auf diese angewiesen ist – zu. Dieser Widerspruch manifestiert sich in der Care-Krise.

Die globale Arbeiter:innenklasse ist feminisiert und rassifiziert. FINTA aus ärmeren Ländern werden noch stärker ausgebeutet, da sie die Reproduktionsarbeit in reicheren Ländern übernehmen (z.B. Pflegekräfte aus Osteuropa, Thailand, Philippinen in westeuropäischen Staaten). Kriege und ökologische Krisen treffen FINTA aus dem Globalen Süden besonders.

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, sexualisierte Gewalt sowie die Kontrolle der Fortpflanzung, der Sexualität und des Körpers von FINTA sind elementare Aspekte zur Aufrechterhaltung der patriarchalen Geschlechterverhältnisse im Kapitalismus. Von feministischen Bewegungen hart erkämpfte Errungenschaften wie das Recht auf Abtreibung und die Selbstbestimmung

über den eigenen Körper stehen deshalb im Widerspruch zu kapitalistischen Interessen – und geraten unter Beschuss von Konservativen und Reaktionären. Die Errungenschaften werden im Zuge der gegenwärtigen Faschisierung teilweise rückgängig gemacht. Eines der prominentesten Beispiele ist die Aufhebung des Urteils «Roe v. Wade» durch den Obersten Gerichtshof der USA im Jahr 2022. Die veränderte Rechtsprechung endete für viele Schwangere in den USA mit dem Tod. Auch die argentinische Regierung unter Milei attackiert das Recht auf Abtreibung, das nach harten Kämpfen im Jahr 2021 eingeführt wurde, sowie weitere feministische Errungenschaften. Diese Eingriffe in die körperliche Selbstbestimmung von FINTA machen ihr Leben gefährlicher und sind lebensbedrohlich.

Es ist diese patriarchal-kapitalistische Geschlechterordnung, die Gewalt gegen FINTA legitimiert, da ihre Körper und Leben als weniger wert und zur freien Verfügung angesehen werden. Häusliche Gewalt, sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen werden selten angezeigt. Kommt es dennoch zu Anzeigen, werden die Täter kaum zur Rechenschaft gezogen, die Betroffenen müssen jedoch an re-traumatisierenden und oft aussichtslosen Verfahren teilnehmen. Das liegt an der patriarchalen Prägung des Rechts – denn die Gewalt an FINTA hat System, die staatliche Politik trägt sie mit. In der Schweiz werden 2025 25 Feminizide und neun Feminizid-Versuche gezählt (Stand Oktober).

Doch dagegen gibt es immer auch Widerstand: In letzter Zeit führten Feminizide und staatliche Untätigkeit in Lateinamerika und Italien unlängst zu Massenprotesten, insbesondere durch die Ni-Una-Menos-Bewegung. In Frankreich ermöglichte Gisèle Pelicot eine Diskussion in der breiten Öffentlichkeit über sexualisierte Gewalt, Täterschaft und Täter-Opfer-Umkehrungen, welche das patriarchale System stützen. Diese Bewegungen sind unabdingbar und machen vielen FINTA Mut.

Der Widerstand zeichnet die Konturen einer solidarischen Welt.

Die Weltlage lässt viele Menschen hoffnungslos zurück. Die Kriege, Krisen und Konflikte führen aber nicht nur zu politischer Passivität in der Bevölkerung, sondern auch zu einem Willen, sich zu organisieren, um handlungsfähig zu werden.

Wir schliessen uns den Worten der IV. Internationale an, die in ihrer Resolution zur internationalen Lage, welche am Weltkongress 2025 verabschiedet wurde, schreibt: *«Die Vierte Internationale kämpft für eine Welt, in der kein Staat einen anderen unterdrückt oder überfällt, in der Frieden unter Gleichen möglich ist und die Selbstbestimmung der Bevölkerungen geachtet wird. Wir kämpfen für eine dekoloniale, ökologische und sozialistische – eine ökosozialistische – Welt, in der die Überwindung des Kapitalismus und seiner Logik allen erlaubt, mit ihren Unterschieden gleich zu sein. Für eine feministische Welt, in der alle Ethnien, alle sexuellen Orientierungen und Identitäten, alle Glaubensrichtungen und alle Formen menschlichen Lebens in Symbiose und Gleichgewicht mit der Natur leben.»* Dafür organisieren wir uns.

Schweizer Kontext

Kontinuitäten und Brüche im «Paradies der Unternehmen»

Historisch ist die Schweiz ein Paradies für Unternehmen, weil das hiesige Bürgertum im internationalen Wettbewerb grosse Vorteile geniesst. Dies hat hauptsächlich drei Gründe: Erstens führen die Tradition des Arbeitsfriedens und die ausserordentliche politische Stabilität in der Schweiz dazu, dass Streiks selten sind und eine stabile Koalitionsregierung – inklusive linker Parteien – seit Jahrzehnten eine enge Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit sichert. Zweitens zeichnet sich die Schweiz durch einen extrem flexiblen Arbeitsmarkt und hohe Arbeitszeiten aus. Die Erwerbsquote und tatsächliche Arbeitszeit sind hoch, der Kündigungsschutz schwach, atypische Arbeitsverhältnisse (Teilzeitarbeit, Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge usw.) weit verbreitet, und es gibt keinen nationalen Mindestlohn. Drittens kennzeichnen die geringe Umverteilung von Reichtum mittels eines vorteilhaften Steuersystems für Besitzende und unterentwickelter öffentlicher Dienste (z.B. Kindertagesstätten) das Schweizer System.

Insgesamt hat sich ein hyperliberale wirtschaftlicher und politischer Rahmen etabliert, der den Schweizer Kapitalismus in internationalen Wettbewerbsrankings regelmässig Spitzenplätze einnehmen lässt. Diese stellt den Aufbau von revolutionären Organisationen, selbstorganisierten sozialen Bewegungen und einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik vor besondere Herausforderungen. Die spezifischen sozio-politischen Verhältnisse in der Schweiz und ihre Verortung im internationalen Kontext zu kennen, ist eine Voraussetzung, um als Revolutionär:innen angemessene politische Antworten und Aktivitäten zu entwickeln.

Die äusserst stabile Herrschaft des Schweizer Imperialismus stützt sich auf die Spaltung und Unterdrückung der Lohnabhängigen.

Der hyperliberale wirtschaftliche und politische Rahmen der Schweiz ist das Ergebnis der erdrückenden Herrschaft des Bürgertums in diesem Land. Diese Herrschaft ist das Ergebnis des Zusammenwirkens mehrerer Faktoren:

1 «Umverteilungs»-Effekt aufgrund des Status der Schweiz als imperialistische Macht

Die Schweiz ist Teil der imperialistisch-kapitalistischen Weltordnung. Der Schweizer Imperialismus stützt sich nicht auf die militärisch-politische Kontrolle von anderen Ländern, sondern auf die internationale Macht der hiesigen Konzerne.

Erstens verfügt die Schweiz trotz ihrer kleinen geografischen Grösse über mächtige transnationale Konzerne (z.B. Roche, Novartis, Nestlé), die in ihren Branchen zu Weltmarktführern gehören. Ihre umfassenden Direkt- und Portfolioinvestitionen im Ausland ermöglichen eine erhebliche globale Abschöpfung von Mehrwert, durch die Beschäftigung und Ausbeutung hunderttausender Lohnabhängigen in anderen Ländern.

Zweitens ist das Schweizer Banken- und Versicherungssystem (z.B. UBS, Swiss Life) international führend, besonders in Bereichen wie Offshore-Vermögensverwaltung und Rückversicherungen. Die Exportindustrie setzt auf Spezialisierung, hohe Qualität und die Produktion von konjunkturabhängigen Nischenprodukten (z.B. in der Pharma- oder der Maschinenindustrie). Dies macht sie verhältnismässig robust.

Drittens haben viele transnationale Unternehmen haben ihre globalen, europäischen oder regionalen Hauptquartiere (z.B. Philip Morris), Forschungszentren (z.B. Google) oder spekulative Aktivitäten (z.B. Rohstoffhandelsunternehmen wie Glencore oder Gunvor) aufgrund attraktiver steuerlicher Vorteile (Steuergeschenke, diverse Sonderstatus) in der Schweiz angesiedelt.

Aufgrund der relativen materiellen Privilegien ist ein Grossteil der Lohnabhängigen in der Schweiz allerdings weniger geneigt, in Aktion zu treten – auch wenn ihre Arbeitskraft hier ebenso oder sogar noch effizienter ausgebeutet wird als anderswo.

2 Fragmentierung und Spaltung der Arbeiter:innenklasse

Das Schweizer Bürgertum spaltet gezielt die Arbeiter:innenklasse, um ihre Herrschaft zu sichern. Die Zersplitterung der Arbeits- und Lebensrealitäten verwischt die gemeinsamen Interessen und erschwert die kollektive Aktion.

Der Föderalismus zerstreut das politische Bewusstsein der Arbeiter:innenklasse, da lokale Themen dominieren, gemässigte linke Führungspersonen früh in staatliche Strukturen integriert werden und Entscheidungsprozesse dezentralisiert sind, was kollektive Bewegungen schwächt.

Zudem erschweren uneinheitliche Arbeitsbedingungen – durch fehlende nationale Standards, unterschiedliche Arbeitszeiten, verbreitete Teilzeitarbeit (37,9% der Erwerbstätigen; bei den Frauen sogar 59,7%) und weit verbreitete prekäre Beschäftigungsformen (befristete Arbeitsverträge, Zeitarbeit, Nachtarbeit) – eine kollektive Organisation der Lohnabhängigen und verstärken die Fragmentierung.

Schliesslich spielen die Kapitalist:innen das migrantische und das ansässige Proletariat mit teils rassistischen Strategien gegeneinander aus. Die hohe Zahl an migrantischen Arbeitskräften dient den Schweizer Unternehmen als Reservearmee und als Mittel, die Löhne zu drücken. Die Segregation im Arbeitsmarkt, das fehlende Wahlrecht, die prekären Lebensbedingungen, die gezielte politische Spaltung (Sündenbock-Logik) sowie die auch unter Lohnabhängigen verbreitete Fremdenfeindlichkeit schwächt und kriminalisiert einen grossen Teil der hiesigen Arbeiter:innenklasse und erschwert dadurch die Bildung einer Einheit zwischen schweizerischen und migrantischen Arbeitskräften.

3 Mechanismen der Bewahrung der bürgerlichen Herrschaft

Die Herrschaft des Bürgertums in der Schweiz stützt sich schliesslich auf das Binom der Unterdrückung von betrieblichen Basisaktivist:innen einerseits sowie der Integration und Kooptation der Führung der Arbeiter:innenbewegung andererseits.

Repression ist ein zentrales, oft unterschätztes Herrschaftsinstrument des Schweizer Bürgertums. Historisch zeigte sich dies etwa in militärischen Einsätzen gegen Streiks, Berufsverboten für linke

Staatsangestellte und der Drangsalierung sozialer Bewegungen. Auch heute wird Widerstand – etwa von Klimaaktivist:innen oder Gewerkschafter:innen – durch gerichtliche Klagen oder Entlassungen systematisch unterdrückt. In der Schweiz gibt es kaum rechtlichen Schutz vor Entlassungen, auch nicht für Gewerkschaftsvertreter:innen. Selbst bei nachgewiesener missbräuchlicher Kündigung bleiben Entlassungen wirksam, was den Grundsätzen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO; Übereinkommen 98) widerspricht. Diese Unsicherheit fördert Angst unter den Beschäftigten und schwächt ihre Kampf-bereitschaft.

Das Bürgertum sichert seine Herrschaft zusätzlich durch Sozialpartnerschaft und politische Kooptation (Konkordanzsystem). Seit den 1920/30er Jahren werden die Gewerkschaften durch das Abschliessen von kollektiven Arbeitsverträgen an die Interessen der Unternehmen gebunden, ohne den Letzteren grössere soziale Zugeständnisse abzustreiten. Seit der Nachkriegszeit ist mit Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen in Branchen und Betrieben auch ein Streikverbot während der Vertragsdauer verbunden. Parallel zur Integration der Arbeiter:innenbewegung auf betrieblicher Ebene wurde die Sozialdemokratie im Zuge der Geistigen Landesverteidigung ab den 1930er Jahren auf politischer Ebene in die bürgerliche Herrschaft eingebunden. Diese beiden «Werkzeuge» verschaffen dem Bürgertum grösstmögliche Stabilität und die Garantie, dass es seine Interessen im Allgemeinen reibungslos durchsetzen kann.

Das Zusammenspiel von Repression und Integration führte zu einer nachhaltigen Entpolitisierung und einer Apathie der Arbeiter:innenklasse in der Schweiz. Seit den 1950er Jahren gibt es kaum grössere Streiks oder landesweite Mobilisierungen. Eine klassenkämpferische Kultur fehlt weitgehend. Der Klassenkonflikt ist aus dem kollektiven Bewusstsein verdrängt. Die Arbeiter:innenbewegung ist ideologisch entwaffnet, was die bürgerliche Herrschaft weiter stärkt.

Die sozio-politische Landschaft entwickelt und verändert sich.

Die Entwicklungen in der Schweiz unterscheiden sich von denjenigen in anderen europäischen Ländern, in denen eine Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, eine Diskreditierung von Parteien, die jahrzehntelang das «politische Feld» strukturiert hatten (Italien, Griechenland, Frankreich), sowie massive soziale Kämpfe zu beobachten waren. Doch auch hierzulande haben wir seit den 1990er Jahren Phänomene erlebt, welche die sozio-politische Landschaft neu gestaltet haben.

1 Umsetzung der neoliberalen Gegenreformen und ihre Auswirkungen

Die Weltwirtschaftskrise 1973–1975 beendete die sozial und wirtschaftlich stabile Phase der Nachkriegszeit. In Reaktion darauf setzte die herrschende Klasse international neoliberale Gegenreformen durch (Sozialabbau, Zerschlagung der Gewerkschaften etc.), mit dem Ziel, die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sowie die sozialen Machtverhältnisse zu ihren Gunsten zu verschieben. In der Schweiz begann diese Entwicklung aufgrund der wirtschaftlichen Stabilität, der «komparativen Vorteile» der Unternehmen erst verzögert, und weil sie die Arbeitslosigkeit «exportieren» konnte, indem sie Frauen und Migrant:innen entliess. Sie entfaltete sich aber mit voller Kraft im Zuge der schweren Rezession 1991–1996. Die Folge war eine tiefgreifende Umgestaltung der Arbeitswelt und des Sozialstaats: Die Zahl der Arbeitslosen und der Unterbeschäftigten stieg markant an. Mittlerweile sind rund 10 % der Erwerbsbevölkerung (500 000 Arbeitende) regelmässig arbeitslos, während 1974 nur 69 Personen offiziell als arbeitslos registriert waren. Arbeitslosigkeit ist seit den 1980er Jahren zu einem dauerhaften Phänomen geworden.

Zudem hat sich die Beschäftigungsstruktur stark verändert. Hunderttausende sind heute mit prekären, atypischen Arbeitsverhältnissen konfrontiert – befristete Verträge, Teilzeitarbeit oder Leiharbeit nehmen zu, auch im öffentlichen Dienst. Parallel dazu wurden zentrale Elemente der sozialen Sicherheit abgebaut: Das effektive Rentenalter wurde erhöht, die Leistungen in der zweiten Säule (Pensionskassen) gekürzt, die Kran-

kenversicherung nach den Interessen der Versicherungen und der privaten Gesundheitsindustrie umgebaut, der Zugang zu Arbeitslosenhilfe verschärft und die Anzahl neuer IV-Renten reduziert. Zudem hinkt die Reallohnentwicklung der Produktivitätssteigerung hinterher.

Diese Entwicklung stellt einen Bruch mit der Nachkriegsordnung dar: Die Vorstellung von stetigem sozialen Fortschritt in einem stabilen Umfeld hat sich für viele Menschen in der Schweiz zerschlagen. Stattdessen hat die neoliberale Wende zu tiefgreifenden Unsicherheiten, Zukunftsängsten und einer Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen geführt.

2 Aufschwung und Konsolidierung der SVP

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) hat sich seit Beginn der neoliberalen Gegenreform in den 1990er Jahren von einer eher unbedeutenden Kraft zur stärksten Partei des Landes entwickelt (von 11 % bei den Parlamentswahlen 1991 zu 28 % bei den letzten Wahlen 2023). Sie prägt seither massgeblich die politische Agenda und konnte zentrale Vorhaben wie die «Masseneinwanderungsinitiative» durchsetzen. Darüber hinaus hat sie patriotische und nationalistische Gefühle in der Gesellschaft – insbesondere unter Jugendlichen – gestärkt.

Dieser Aufstieg geschah jedoch nicht im luftleeren Raum. Die SVP knüpfte an eine lange Tradition fremdenfeindlicher Strömungen und Initiativen in der Schweizer Nachkriegspolitik an (z. B. die «Überfremdungsinitiativen» 1970, 1974, 1977 und 1988). Sie konnte auf eine bereits existierende, von den Eliten mitgeprägte Fremdenfeindlichkeit aufbauen. Ausdruck davon ist der institutionelle, gesetzlich verankerte Rassismus in der Schweiz. Beispiele dafür sind der nach Herkunft segregierte Arbeitsmarkt, die ungleichen Bildungschancen für Migrant:innen oder der erschwerte Zugang zu Wohnraum.

Dennoch lässt sich der rasante Machtzuwachs der SVP nicht allein damit erklären. Die neoliberalen Reformen, welche die SVP selbst mit vorantrieb, lösten soziale und ökonomische Verunsicherungen aus, die die Partei wiederum politisch für sich nutzen konnte. Sie lenkte den sozialen Zorn weg von den eigentlichen wirtschaftlichen Ursachen und hin zu Sündenböcken: Migrant:innen, Grenzgänger:innen,

EU-Bürger:innen und Asylsuchende. Die SVP präsentierte sich als Stimme des Volkes gegen die vermeintliche Bedrohung der «ewigen Schweiz» durch die «äusseren Einflüsse» und etablierte so eine nationalistische Erzählung des Widerstands gegen Globalisierung und Krise.

Obwohl sie wirtschaftlich klar dem bürgerlich-kapitalistischen Lager zuzurechnen ist und von Unternehmer:innen (z.B. Blocher, Frey, Matter, Aeschi, früher noch Spuhler) getragen wird, unterscheidet sich die SVP in zwei wesentlichen Punkten von anderen bürgerlichen Parteien: Erstens ist sie eindeutig die grösste Partei unter den Lohnabhängigen mit Schweizer Pass. Es handelt sich um eine bürgerliche Partei mit einer Basis in der Bevölkerung, ähnlich wie die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) bis in die 1990er Jahre. Zweitens pflegt sie einen konfrontativen, populistischen Politikstil, der sich bewusst vom traditionellen Konsens- und Konkordanzdenken der Schweizer Politik abgrenzt. Das führt zu Spannungen mit anderen bürgerlichen Parteien, besonders in der Frage des Verhältnisses zur EU.

Gleichzeitig unterscheidet sich die SVP in mehrfacher Hinsicht von anderen rechten und rechtsextremen Kräften in Europa, wie etwa der AfD, dem Rassemblement National oder den Fratelli d'Italia (auch wenn gewisse Kontakte und Verbindungen durchaus vorhanden sind). Sie verfolgt eine bürgerlich-liberale Wirtschaftspolitik, ist fest in der Landwirtschaft verankert und auch in den auf Kompromiss ausgerichteten Konkordanz-Regierungen institutionell auf allen föderalen Ebenen eingebunden. Zudem orientiert sie sich stärker an protektionistisch-nationalistischen Narrativen und weniger an einer völkischen Ideologie, wie sie beispielsweise bei der AfD zu finden ist. Nichtsdestotrotz sind die Gemeinsamkeiten in den rechten Erzählungen nicht zu übersehen: Auch bei der SVP bilden Rassismus, Islamfeindlichkeit, Querfeindlichkeit, die Abwertung von Arbeitsbetroffenen und Sozialleistungsbeziehenden sowie Antikommunismus und Geschichtsrevisionismus zentrale Elemente ihrer politischen Rhetorik.

3 Beschleunigung der Krise der Arbeiter:innenbewegung

Die Arbeiter:innenbewegung in der Schweiz ist durch eine langjährige, nicht klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik und die enge Zusammenarbeit der Führung der Sozialdemokratischen Partei (SP) mit bürgerlichen Parteien organisatorisch und ideologisch geschwächt worden. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Arbeitenden hat sich in den letzten 30 Jahren fast halbiert, auch die Mitgliederzahl der SP ist gesunken. Insgesamt hat sich die Krise der reformistischen Linken verschärft.

Zwei zentrale Brüche prägen diese Entwicklung: Erstens verabschiedete die reformistische Linke sich ideologisch vom Ziel einer Überwindung des Kapitalismus. Während solche Begriffe früher noch öffentlich verwendet wurden, ist heute selbst eine reformorientierte Politik zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter:innen kaum mehr erkennbar. Zweitens hat die SP ihre Rolle als stärkste Partei unter den Lohnabhängigen zu Gunsten der SVP eingebüsst. Ihre Wähler:innenbasis findet sich heute in erster Linie in Segmenten des Staatsapparats und bei Kadern von staatlichen oder halböffentlichen Unternehmen.

Die SP hat so wesentliche Merkmale einer sozialdemokratischen Partei des 20. Jahrhunderts verloren – etwa einen (wenigstens symbolischen) sozialistischen Horizont, das Eintreten für echte sozial umverteilende Reformen oder eine mobilisierende Politik im Interesse der Arbeiter:innenklasse. Sie ist aber nicht nur eine Juniorpartnerin der Bürgerlichen geworden, sondern spielte seit den 1990er Jahren eine zentrale Rolle bei der Umsetzung einer Reihe von neoliberalen Projekten: die Zerschlagung der ehemaligen Bundesbetriebe (PTT, SBB); die Erhöhung des Rentenalters für Frauen von 62 auf 65 Jahre (10. AHV-Revision 1997, dann AV2020, AHV21); die unsoziale Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) 2019; die drastischen Unternehmenssteuererleichterungen auf kantonaler Ebene (Neuenburg, Waadt usw.). Die SP ist mitverantwortlich für die neoliberale Umgestaltung der Gesellschaft und den darauf aufbauenden Aufstieg der Rechten.

4 Aussergewöhnliche Dynamiken der Selbstorganisation und Massenmobilisierung

Im Jahr 2019 kam es in der Schweiz zu zwei aussergewöhnlichen Massenmobilisierungen: dem feministischen Streik am 14. Juni und der Klimastreikbewegung. Der feministische Streik mobilisierte rund 500 000 Menschen – eine Beteiligung, wie sie seit dem Generalstreik von 1918 in der Schweiz nicht mehr gesehen wurde. Diese Bewegung zeigte nicht nur das grosse Veränderungsbedürfnis vieler FINTA, sondern auch eine beeindruckende Selbstorganisation, die vor dem 14. Juni 2019 über Monate hinweg in feministischen Kollektiven stattfand und bis heute weiterlebt. Auch der Klimastreik war bemerkenswert: Zehntausende, vor allem junge Menschen, beteilig(t)en sich regelmässig – mit Demonstrationen, Aktionen des zivilen Ungehorsams und Schulstreiks. Die Demonstration vom 28. September 2019 war mit etwa 100 000 Teilnehmenden ebenfalls eine der grössten Protestaktionen seit dem Zweiten Weltkrieg.

Beide Bewegungen stehen für eine neue Dynamik jenseits der traditionellen sozialpartnerschaftlichen Politik: Sie förderten Selbstorganisation, kollektives Handeln, politisches Bewusstsein und praktische Protesterfahrung – insbesondere bei FINTA und Jugendlichen. Die feministische Bewegung hinterliess dabei ein nachhaltiges Bewusstsein, das bis heute wirkt. Auch die Klimabewegung ist ein wichtiges Moment des Aufbruchs.

Bisher haben sich diese Bewegungen allerdings kaum in den Arbeitsalltag und die betriebliche Ebene übersetzt. Das verweist auf das strukturelle Problem, dass die Schweiz eine «Gewerkschaftswüste» ist, kollektives Handeln in Betrieben systematisch unterdrückt wird und Arbeits- und Gewerkschaftsrechte schlecht geschützt sind. In einer solchen Umgebung bleibt die Blockierung der kapitalistischen Produktion und Reproduktion – was zentral ist für die Erzwingung sozialer Veränderungen – schwierig.

Dass es bisher nicht gelang, die sozialen Bewegungen in Arbeitskämpfe in der Erwerbsarbeit zu übersetzen, lag nicht am Engagement der feministischen oder ökologischen Kollektive, sondern an der Schwäche einer klassenkämpferischen

Gewerkschaftsströmung. Eine solche Kraft hätte es ermöglichen können, zumindest punktuell Arbeitskämpfe zu führen.

Jüngst kam eine weitere Bewegung (wieder) zu den beiden bereits genannten hinzu: Infolge des Genozids in Gaza entwickelte sich die Solidaritätsbewegung mit Palästina neu und politisierte eine neue Generation junger Menschen. Trotz der permanenten öffentlichen Diffamierung und dem Schweigen der reformistischen Linken finden jeden Monat Protestkundgebungen in den Städten statt. Im Frühjahr 2024 kam es zu einer Welle von Universitätsbesetzungen. Vor allem in der Westschweiz dauerten die Protestcamps mehrere Wochen an und inspirierten die anderen Schweizer Städte. Die Universitätsleitungen und die zuständigen (Polizei-)Behörden reagierten mit enormer Repression. Auf die Bombardierung Gazas hätten sie kaum gegensätzlicher reagieren können als auf die Bombardierung Kyjiws. Bald schon gab es selbst unter Schweizer Diplomat:innen Protest gegenüber dem Bundesrat, der sich kompromisslos hinter Israel stellt. Die Basismobilisierungen hingegen haben es geschafft, Solidarität von unten aufzuzeigen und zu verhindern, dass das Schicksal der Bevölkerung Gazas verschwiegen werden könnte. Dabei gelang eine schweizweite Vernetzung mit internationalistisch-solidarischer Stossrichtung.

Diese Selbstorganisationen und Massenmobilisierungen stellen einen Hoffnungsschimmer für die revolutionäre Linke dar. Die Bedingungen für den Aufbau einer revolutionären Linken und einer kämpferischen Gewerkschaftsopposition in der Schweiz stellen uns allerdings vor grosse Herausforderungen – und diese gilt es gemeinsam anzupacken.

**«Das Andere Davos»,
Zürich, Januar 2026 →**



2

**Politisch-
strategische
Ausrichtung**

Der politisch-strategische Horizont der BFS/MPS ist der Bruch mit dem Kapitalismus und der Aufbau einer emanzipierten, klassenlosen Gesellschaft durch die Selbstermächtigung der Lohnabhängigen. Dazu gehören alle Unterdrückten und Ausgebeuteten, auch Armutsbetroffene, Arbeitslose, Sozialhilfebezüger:innen und Menschen, die unbezahlte Arbeiten verrichten. Wir sind revolutionär und kämpfen dafür, dass die Lohnabhängigen sich selbst organisieren, die Kontrolle über Produktion und Reproduktion erlangen und langfristig eigene demokratische Machtstrukturen aufbauen. Unsere Praxis auf dem Weg dahin orientiert sich an den konkreten Bedürfnissen der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Dabei stellen wir Forderungen, die entweder die Macht des Kapitals direkt beschneiden (antikapitalistischen Strukturreformen) oder über den Kapitalismus hinausweisen (Übergangsforderungen). Ziel ist es, das Kräfteverhältnis zwischen der Klasse der Besitzenden und der Klasse der Lohnabhängigen zugunsten letzterer zu verschieben und so Schritt für Schritt eine Gegenmacht zur bürgerlichen Herrschaft aufzubauen. Auch wenn eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft heute noch fern scheint, bleibt sie unser strategischer Orientierungspunkt. Der Aufbau von Doppelmacht, Massenstreikbewegungen und die Zerschlagung des bürgerlichen Staates sind dabei langfristige notwendige Etappen auf dem Weg zu einer Arbeiter:innendemokratie.

Unsere politisch-strategischen Überzeugungen übersetzen sich in die folgenden Richtlinien der politischen Praxis.

Eine schweizweite revolutionäre Organisation aufbauen

Wir sind überzeugt, dass der Kampf gegen den Kapitalismus revolutionäre Organisationen braucht. Die revolutionäre Linke muss den Federalismus überwinden und überregional interventionsfähig sein. Darum arbeiten wir aktiv am Aufbau einer schweizweiten Organisation. Wir verstehen uns als eine, nicht die einzige revolutionäre Organisation und bieten Aktivist:innen eine Organisierungsmöglichkeit auf der Basis unserer politisch-strategischen Grundsätze. Wir verfolgen den Anspruch, einen Beitrag zur Organisierung der fortschrittlichsten Teile der sozialen Bewegungen zu leisten sowie ein Kristallisationspunkt und kollektives Gedächtnis dieser Bewegungen zu sein. Wir wollen aber gleichzeitig eine Organisation aufbauen, die nicht

nur revolutionäre Politik macht, sondern auch ein solidarischer Ort ist, an dem Fürsorge, reproduktive Arbeit und unterschiedliche Bedürfnisse ernst genommen und gemeinsam getragen werden.

Antikapitalistische Übergangsforderungen propagieren

Übergangsforderungen sind für uns ein zentrales Mittel, um antikapitalistische Perspektiven zu verbreiten und kollektive Kämpfe zuzuspitzen. Wir intervenieren damit aktiv in Demonstrationen, Mobilisierungen und – falls vorhanden – auch in gewerkschaftliche und betriebliche Arbeitskämpfe. Dafür produzieren wir politisches Material (Webseiten, Flugblätter, Analysen, Social Media), lancieren eigene Kampagnen und beteiligen uns an kollektiven sozialen Prozessen. Unsere politische Praxis umfasst eine Vielzahl von Aktionsformen. Sowohl direkte Aktionen als auch Instrumente der bürgerlichen Demokratie (Beteiligung an der Legislative, Nutzung von Referenden oder lokalen Volksinitiativen) können nützliche Räume für unsere Propagandaarbeit bieten. Zentral für uns ist, dass die Praxis die inhaltlich-programmatischen Grundsätze der BFS/MPS berücksichtigt und in die strategische Ausrichtung integriert wird.

Die Selbstorganisation und kollektive Mobilisierung stimulieren

Wir arbeiten aktiv in sozialen Bewegungen sowie in gewerkschaftlichen und betrieblichen Arbeitskämpfen mit. Dabei sind wir bereit zu lernen, machen eigene Vorschläge und vermeiden es gleichzeitig, andere Aktivist:innen zu belehren. Unser Ziel ist dabei immer die Stärkung von Selbstorganisation und kollektiven Mobilisierungen, die Entwicklung eines Klassenbewusstseins sowie von antikapitalistischen Handlungsmöglichkeiten.

Die Pluralität der Taktiken verteidigen

Wir lehnen sowohl linke Besserwisser:innen als auch Organisationen ab, die sich selbst als Nabel revolutionärer Theorie oder als Avantgarde der proletarischen Bewegung verstehen. Vielmehr anerkennen wir, dass sich die revolutionäre Linke weltweit in einer tiefen Krise befindet und auch wir Teil eines theoretischen und praktischen Suchprozesses sind. Deshalb verteidigen wir die Pluralität von

Taktiken und politischen Praxen und stehen für einen solidarischen Austausch zwischen unterschiedlichen Organisationen, der auch Kritik zulässt. Gradmesser für die Auswahl unserer politischen Mittel ist nicht die Frage der Legalität innerhalb des bürgerlich-rechtlichen Rahmens, sondern deren Wirksamkeit, Sinnhaftigkeit und Vermittelbarkeit.

Die grösstmögliche Einheit der Lohnabhängigen anstreben

Weil wir geeint stärker sind, streben wir in unseren politischen Interventionen jeweils die grösstmögliche Einheit von Lohnabhängigen bzw. linken Organisationen an. Dabei orientieren wir uns an den Prinzipien der Einheitsfront, wie sie von der III. Internationale Anfang der 1920er Jahre formuliert wurden. Trotz eines anderen historischen Kontextes sind sie für unsere Bündnisarbeit nach wie vor gültig. Wir tragen solidarisch die gemeinsam beschlossenen Ziele mit und setzen uns gleichzeitig für die Freiheit der Kritik und der öffentlichen Debatte der Beteiligten ein. Das bedeutet auch, verschiedene Taktiken und Formen des Kampfes nebeneinander stehen lassen zu können, wenn sie den gemeinsam beschlossenen Zielen dienen. Damit verfolgen wir ein doppeltes Ziel: erstens die Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen durch kollektive Kämpfe und zweitens die Stärkung des revolutionären Lagers durch die Gewinnung und Überzeugung gemässigter Kräfte.

Die internationalistische Vernetzung fördern

Internationalismus und internationaler Austausch sind eine Voraussetzung für den Aufbau kollektiver Gegenmacht im globalen Kapitalismus. Die kapitalistische Weltordnung ist transnational organisiert – durch internationale Konzerne, globale Produktionsketten und eng vernetzte bürgerliche und rechtsextreme Akteur:innen. Gleichzeitig sind auch viele soziale Bewegungen heute genuin grenzüberschreitend, etwa Occupy, feministische Bewegungen, die Klimastreikbewegung, Black Lives Matter oder die palästinensolidarische Bewegung.

Die ungleich-kombinierte Entwicklung des Kapitalismus sowie die Vielzahl paralleler Krisen sorgen jedoch dafür, dass wir in der internationalen Solidarität immer wieder mit Widersprüchen, Meinungsverschiedenheiten und komplexen Interessenlagen kon-

frontiert sind (z.B. in der Ukraine). Dessen sind wir uns bewusst. Dennoch ziehen wir es vor, in widersprüchliche Situationen aktiv zu intervenieren, statt sie nur zu kommentieren. In unserer internationalistischen Arbeit stützen wir auf die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerungen, die Traditionen der sozialistischen Arbeiter:innensolidarität, sowie das Anerkennen der historischen Verantwortung des Globalen Nordens für die (neo-)koloniale Vergangenheit und Gegenwart.

**Kongress der BFS/MPS,
Oktober 2025 →**



**GEGEN AUFRÜSTUNG UND MILITARISIERUNG
| SICHERHEIT | SOLIDARITÄT
BEWEGUNG FÜR DEN SOZIALISMUS**



**Bewegung
für den
Sozialismus** **mp**



3

Interventions- achsen, Kampagnen und Aufgaben

Die globalen Entwicklungen des Kapitalismus werden immer unvorhersehbarer. Wir müssen uns darauf einstellen, dass autoritäre Entwicklungen und Repressionen zunehmen und dass weltweit immer grössere Fraktionen des Kapitals für die Verteidigung ihrer Interessen auf rechtsextreme und faschistische Kräfte setzen. Aufgrund der grossen Stabilität des Schweizer Kapitalismus gehen wir davon aus, dass Umbrüche hierzulande unwahrscheinlicher sind als in anderen Ländern, obwohl auch die hiesige bürgerliche Herrschaft brüchiger geworden ist. Nichtsdestotrotz müssen globale und lokale Klassenkämpfe auch in der Schweiz geführt werden, denn mit dem Finanzplatz befindet sich das Herz neokolonialer Ausbeutung im Land.

Aktuelle und zukünftige Krisen des kapitalistischen Systems legen Widersprüche offen und eröffnen die Möglichkeit, im Widerstand breitenwirksam antikapitalistische Perspektiven bzw. solidarische Alternativen aufzuzeigen. Im Folgenden legen wir deshalb unsere politischen Prioritäten für die kommenden Jahre fest. Die Priorisierung bedeutet nicht, dass andere Bereiche weniger relevant sind. Auch kann sich diese Priorisierung durch eine veränderte politische Lage wieder verschieben. Unser Ziel ist es, in den beiden priorisierten Politikfeldern Antimilitarismus und Feminismus, in denen wir hinsichtlich der kapitalistischen Umbruchprozesse sowie in Bezug auf politisch-strategische Interventionen Wichtigkeit und Potenziale sehen, längerfristige Kampagnen durchzuführen. Zugleich wollen wir uns national koordinieren und Anknüpfungspunkte für uns nahestehende Organisationen schaffen. Eine besondere Herausforderung bei diesem strategischen Fokus auf zwei Feldern ist es, diese sowohl untereinander als auch mit anderen Politikfeldern im Sinne einer intersektionalen, verbindenden Klassenpolitik zusammenzudenken und umzusetzen.

Antimilitarismus & Internationalismus

Die durch geoökonomische Umbrüche und politische Zäsuren verursachte «innere Zeitenwende» der Sicherheitspolitik und die damit einhergehende Militarisierung und Aufrüstung führen zur Stärkung des fossilen Kapitalismus. Einerseits bewirkt die Logik geopolitischer Konfliktführung ein verstärktes Bedürfnis nach sicheren Energielieferanten — nie zuvor wurden so grosse Mengen an Kohle, Öl und Gas gefördert wie gegenwärtig. Andererseits bedeuten steigende Investitionen in Aufrüstung in Verbindung mit einer Politik der Austerität zwangsläufig, dass an anderen Stellen eingespart und gekürzt werden muss. Dies betrifft vorwiegend den Sozialstaat und die ökologische Modernisierung.

Die Militarisierung dient einer repressiven Sicherheitspolitik. Die EU und die Nationalstaaten militarisieren ihre Aussengrenzen, während eine selektive Zulassung benötigter Arbeitskräfte neben einer verstärkten Abschiebung «illegaler» Migrant:innen steht. Zudem werden Markt-, Energie- und Rohstoffzugänge zunehmend militärisch abgesichert. Eine solche «Sicherheitspolitik» schürt unter den Lohnabhängigen Nationalismus und birgt die Gefahr, dass die Konflikte zwischen unten und oben noch mehr zu Konflikten zwischen innen und aussen umgedeutet werden.

Die gegenwärtige Konstellation mit dem autoritär-repressiven Umbau westlicher Staaten, der Aufrüstung sowie der inneren und äusseren Militarisierung bei gleichzeitig ungebrochenem Aufstieg rechtsextremer Parteien stellt angesichts einer eskalierenden ökologischen Krise eine extrem grosse Gefahr dar. Wenn Regierungen von Sicherheit sprechen, meinen sie eine zunehmend exklusive Verteidigung von Ressourcen, Handelsrouten, politischem Einfluss und Grenzen. Wenn Militärs von Verteidigung sprechen, meinen sie Krieg. Die Geschichte lehrt uns, dass Aufrüstung und Militarisierung keine Sicherheit bringen, sondern Kriege. Kriege, in denen Lohnabhängige für kapitalistische Nationalstaaten kämpfen, statt sich gegen sie zu verbünden.

Aus diesen Gründen erhält die Fortführung unserer antimilitaristischen und antiimperialistischen Arbeit eine hohe Priorität in den kommenden Jahren. Wir orientieren uns dabei an den folgenden Grundsätzen:

- Wir solidarisieren uns grundsätzlich mit allen Lohnabhängigen und Bevölkerungen, denen das Recht auf Selbstbestimmung verwehrt wird, und die Krieg, Kolonialismus und Imperialismus ausgesetzt sind. Dabei erkennen wir das Recht auf bewaffneten Widerstand an. Koloniale Gewalt kann blutige, antikoloniale Reaktionen hervorrufen, die im historischen und soziopolitischen Kontext nachvollziehbar sind. Gleichzeitig stellen wir uns nicht bedingungslos hinter sämtliche Organisationen und Formen des Widerstands. Unsere internationalistische Zusammenarbeit richtet sich an Organisationen, mit denen wir eine ähnliche Befreiungsperspektive teilen. Wir solidarisieren uns mit der palästinensischen und der ukrainischen Bevölkerung, jedoch nicht anti-emanzipatorischen Kräften oder bürgerlichen staatlichen Entitäten. Die Solidarität gilt auch für organisierte Kräfte wie die sozialistische Organisation Socialnyi Rukh in der Ukraine oder die Dem-Partei in Nordkurdistan.
- Wir verteidigen das Recht auf bewaffneten Widerstand und somit auch das Recht angegriffener Bevölkerungen, (Verteidigungs-) Waffen geliefert zu bekommen. Dass wir gleichzeitig die aktuelle Aufrüstungswelle bekämpfen, sehen wir nicht als Widerspruch. Denn die europäische Aufrüstung dient der Stärkung Europas als imperialer Akteur und nicht der Sicherheit der ukrainischen Lohnabhängigen. Perspektivisch arbeiten wir allerdings auf die demokratische Kontrolle der Rüstungsindustrie und deren ökologischen Um- und Rückbau hin. Solange wir allerdings unorganisiert sind, haben wir kaum die Möglichkeit, uns der Aufrüstungswelle entgegenzustellen, geschweige denn, die Produktion von Rüstungsgütern zu kontrollieren. Die Streiks der Hafenerbeiter:innen in Italien haben jedoch gezeigt, dass wir als Lohnabhängige durchaus die Möglichkeit haben, die kapitalistische Kriegsmaschinerie zu sabotieren. Solche Beispiele nehmen wir uns zum Vorbild.
- Wir prangern die Komplizenschaft der Schweiz in allen internationalen Konflikten an. Der Schweizer Finanzplatz ist tief in Kriege und die neokoloniale Aufteilung der Welt involviert. Rüstungsgeschäfte werden als Möglichkeit zur Profitsteigerung gesehen und Wiederaufbaupläne für zerstörte Regionen (wie beispielsweise in der Ukraine) ziehen Investor:innen an. Dazu gehört auch die Verteidigung Israels als Partner im Nahen Osten. Es gibt viele Unternehmen in der Schweiz, die Geschäfte mit dem Krieg machen, darunter Google, Elbit und Rheinmetall. Das heisst auch, dass die Beschäftigten dieser Firmen oder Banken eine potenzielle Macht hätten, die Kriegswirtschaft zu sabotieren.
- Wir verstehen den Widerstand der Palästinenser:innen als legitimen Widerstand gegen koloniale und imperialistische Bestrebungen. Wir partizipieren und stärken die internationale Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand. Die weltweite Solidaritätsbewegung mit Palästina und die Repression gegen sie macht die Klassengegensätze des Kapitalismus deutlich. Jugendliche, solidarische Lohnabhängige und Menschen aus migrantischen Milieus stellen sich den kapitalistischen Kollaborateuren, den Regierungen und ihren Schergen sowie den rechtsextremen Unterstützer:innen Israels entgegen. Dadurch erhält die Bewegung ein besonderes Potenzial im Kampf gegen Krieg und Faschismus. Dieses Potenzial möchten wir einerseits innerhalb der BFS/MPS aufgreifen und andererseits in Bündnisarbeit mit anderen Organisationen nutzen.
- Wir zeigen auf, dass Sicherheit nicht militaristisch gedacht werden kann. Für uns beruht Sicherheit auf sozialer Wohlfahrt, einem nachhaltigen Umgang mit der natürlichen Umwelt, der Gleichberechtigung der Geschlechter, Bewegungsfreiheit und sicheren Migrationsrouten und auf anderen Beziehungen zwischen Menschen und Staaten: Die beste Sicherheitsgarantie, um imperialistische Expansionen zu stoppen, sind internationale, solidarische Beziehungen zwischen allen Lohnabhängigen sowie die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung. Der internationalistische und antimilitaristische Kampf ermöglicht es uns, einen Kampf gegen Sozialabbau zu führen und feministische, ökosozialistische und antirassistische Antworten zu formulieren. Diese werden in der krisenhaften Zukunft das Fundament unserer sozialistischen Alternative sein. So kann auch die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Sektionen und Arbeitsgruppen gestärkt werden und es können Möglichkeiten einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit uns nahestehenden Organisationen eröffnet werden.

Klassen- kämpferischer Feminismus

Kapitalismus und Patriarchat bilden ein zusammenhängendes System, das massgeblich auf der unbezahlten oder schlecht bezahlten Aneignung der sozialen Reproduktion durch Kapitalist:innen beruht. Dieser Prozess ist von patriarchaler Gewalt geprägt, wobei Geschlecht eine entscheidende Rolle spielt. Da die Arbeit von FINTA im eigentlichen Sinne systemrelevant ist, birgt der feministische emanzipatorische Kampf revolutionäres Potenzial.

Aus diesem Grund erhält die Fortführung unserer feministischen Arbeit in den kommenden Jahren eine hohe Priorität. Dabei orientieren wir uns an den folgenden Grundsätzen:

- Wir sehen unsere politische Aufgabe darin, solidarisch in der feministischen Bewegung mitzuarbeiten und antikapitalistische, klassenkämpferische Perspektiven zu stärken. Unsere feministische Arbeit ermächtigt zu Selbstbestimmung und Selbstorganisation. Dabei beziehen wir uns auf die Kontinuität und die Geschichte feministischer Kämpfe – seien es die Streiks für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Proteste für das Recht auf Abtreibung oder die internationale Solidarität gegen patriarchale Gewalt.
- Wir legen den Fokus unserer schweizweiten feministischen Arbeit auf den Care-Streik 2027. Der feministische Streik 2019 und die starken Mobilisierungen in den folgenden Jahren haben unsere Analyse bestätigt, dass die feministische Bewegung grosses Potenzial hat, die Gesellschaft nachhaltig zu verändern. Die Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibendem Lohn könnte in Bezug auf den Care-Streik 2027 im Zentrum stehen. *Mit der Umsetzung dieser Forderung können gleichzeitig bessere Arbeitsbedingungen und eine Aufwertung der Care-Arbeit erreicht werden. Schliesslich soll auch die Verknüpfung von Austeritätspolitik im Care-Bereich und Aufrüstung aufgezeigt werden, um den Care-Streik 2027 mit der Anti-Aufrüstungskampagne zu verbinden.*

- Wir bringen uns für die Kampagne zum Care-Streik 2027 in den lokalen Streikkollektiven ein. Zudem wollen wir uns schweizweit intensiver austauschen und zusammenarbeiten, was eine Stärke unserer Organisation darstellt.
- Wir beziehen unsere feministischen Arbeit sowohl auf bezahlte als auch unbezahlte Care-Arbeit. Der Care-Streik 2027 bietet uns die Gelegenheit, uns in feminisierten Berufsfeldern zu verankern, indem wir Arbeitskämpfe und lokale Basisorganisationen in diesen Bereichen unterstützen. Gleichzeitig erkennen wir die unbezahlten Care-Bereiche (Betreuungs- und Hausarbeit) als Arbeit an, weshalb wir sie ebenfalls politisieren wollen. Es gilt, revolutionäre Forderungen zu entwickeln, die in der sozialen Reproduktion und den Alltags- und Lebenserfahrungen von FINTA ansetzen.
- Wir sehen die Kontinuität und Stärke der feministischen Bewegung als Grundlage für den Widerstand gegen den vehementen antifeministischen Backlash und die zunehmende Gewalt gegen FINTA. Der Backlash selbst stellt eine Gegenreaktion auf tatsächliche und vermeintliche feministische Errungenschaften dar. Es ist ein Machtkampf, der sich als Klassenkampf und einen Kampf zwischen den Geschlechtern ausdrückt. Reaktionäre, heteronormative Vorstellungen von Familie und Geschlechterrollen, Verdrehung der realen Machtverhältnisse und (befürchteter) Verlust von Privilegien befördern die Tendenz der Faschisierung. Transfeindlichkeit und Rassismus spielen dabei eine zentrale Rolle, die sich auch in pseudofeministischen Verirrungen zeigt. In einer Zeit, in der faschistische Kräfte weltweit an Stärke gewinnen, müssen wir die Gefahren dieses Backlash erkennen und bekämpfen. Unsere Stärke liegt in der feministischen Bewegung, die Patriarchat und Kapitalismus herausfordert und die Konturen einer anderen und besseren Welt erkennen lässt.

Weitere Interventionsachsen

Dass wir zwei zentrale Interventionsfelder hervorheben, bedeutet nicht, dass wir andere politische Fragen ausblenden. Es bleibt eine wichtige Aufgabe der Sektionen, in anderen Handlungsfeldern eine politische Arbeit zu entwickeln. Dabei müssen wir den inhaltlichen Austausch auf schweizerweiter Ebene gewährleisten und die interregionale Zusammenarbeit stärken, um gemeinsam in den aufgeführten Themenbereichen eine solidarische, antikapitalistische Alternative zu entwickeln.

Antifaschismus

Angeichts des Erstarkens antifeministischer, rassistischer und faschistischer Bewegungen braucht es einen entschlossenen Antifaschismus. Für uns bedeutet das, linke, queere, feministische und migrantische Selbstverteidigung und Selbstorganisation aktiv zu unterstützen. Unsere Orientierung liegt dabei in der Strategie der kommunistischen Einheitsfront: Nur durch gemeinsame Kämpfe lässt sich eine breite, anschlussfähige antifaschistische Bewegung aufbauen. Zentrale Mittel dazu sind die Stärkung von Klassenkämpfen und die Vernetzung mit sozialen Bewegungen – etwa der feministischen Bewegung, der Klimabewegung oder der Palästina-Solidarität. Ein solcher Antifaschismus darf sich nicht auf «klassische», klandestine Aktionsformen beschränken, auch wenn diese eine wichtige Rolle spielen. Gleichzeitig muss dem kulturellpolitischen Vormarsch der Rechten offensiv begegnet werden. Der Aufbau einer linken, widerständigen Gegenkultur ist wichtig, um reaktionäre Ideologien zu bekämpfen und emanzipatorische Perspektiven zu verbreiten.

Antirassismus

Rassismus durchzieht die gesellschaftlichen Verhältnisse auf allen Ebenen – institutionell, ökonomisch, kulturell und alltäglich. In unserer antirassistischen Arbeit arbeiten wir sowohl mit von Rassismus betroffenen Menschen als auch mit solidarischen Unterstützungsnetzwerken zusammen und fokussieren uns auf drei Themen. Erstens engagieren

wir uns gegen den Ausbau des europäischen Grenzregimes und das rassistische Migrationsregime der Schweiz. Wir kämpfen gegen die Lagerunterbringung von Geflüchteten, die Militarisierung der Grenzen und die systematische Abschottungspolitik. Wir stehen ein für sichere Fluchtwege und globale Bewegungsfreiheit. Zweitens richtet sich unser Kampf gegen die strukturelle Überausbeutung von migrantischen und rassifizierten Lohnabhängigen in der Schweiz – in Betrieben, auf dem Wohnungsmarkt und im Zugang zu sozialen Rechten. Drittens setzen wir uns gegen Rassismus in Form staatlicher Gewalt ein: gegen rassistische Polizeikontrollen, das Knastregime und die physische wie strukturelle Gewalt, die rassifizierte Menschen im Alltag trifft. Wir fordern Gerechtigkeit für Betroffene rassistischer Gewalt und treten für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen und Schutz vor Gewalt haben.

Dieser Kampf erfordert auch eine kritische Auseinandersetzung mit rassistischen Überzeugungen, sowohl im gesellschaftlichen Mainstream als auch innerhalb der Linken selbst. Es gilt, die eigenen Strukturen zu öffnen und zugänglicher zu machen für alle, die von Rassismus betroffen sind.

Gewerkschaftsarbeit

Im Zentrum unserer gewerkschaftlichen Intervention steht die Förderung der Selbstermächtigung der Lohnabhängigen. Eine solche Gewerkschaftsarbeit integriert drei Ebenen: Erstens die Zusammenarbeit mit Kollektiven von Lohnabhängigen in Kampagnen und Arbeitskämpfen, zweitens die politische Propaganda an ausgewählten Arbeitsplätzen, und drittens die Aktivität unserer Mitglieder an ihren Arbeitsorten.

Wir kämpfen für einen neuen, internationalistischen Syndikalismus, der über betriebliche Fragen hinausgeht und nicht der bürokratischen Selbsterhaltung dient. Gewerkschaftliches und politisches Handeln müssen zusammen gedacht werden. Eine neue Form des Syndikalismus muss soziale, geschlechtsspezifische und ökologische Fragen, regionale Wirtschaftsfragen sowie politisch-gewerkschaftliche Bildungsarbeit mit einer auf die Selbstorganisation ausgerichteten gewerkschaftlichen Arbeit verbinden und dabei Spaltungen nach Herkunft, rassifizierten Merkmalen, Geschlecht, sexueller Orientierung sowie zwischen Arbeitenden, Arbeitslosen und Pensionierten überwinden.

Die ökologische Krise verschärft bestehende gesellschaftliche Widersprüche und wirkt sich direkt auf Arbeits- und Lebensbedingungen aus. Für viele Lohnabhängige steht dabei die Sorge um Einkommen, Wohnraum oder Gesundheit im Spannungsverhältnis zu ökologischen Massnahmen. Rechte Parteien nutzen diese Ängste, um soziale und ökologische Anliegen gegeneinander auszuspielen. Dem setzen wir eine ökosozialistische Klassenpolitik entgegen, die soziale Anliegen und ökologische Transformation gemeinsam denkt.

Arbeit verstehen wir als einen zentralen Ort des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur. Ökologische Politik muss daher dort ansetzen, wo produziert, gepflegt, transportiert und gebaut wird. Das bedeutet, ökologische Forderungen mit Arbeitskämpfen und der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen zu verbinden. In Auseinandersetzungen gegen gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen, steigende Mieten, Klimarisiken oder die Privatisierung von Sorgearbeit lassen sich ökologische und soziale Kämpfe konkret miteinander verknüpfen. Aus einer Perspektive der feministischen politischen Ökologie denken wir Produktion, Reproduktion und Ökologie gemeinsam. Kämpfe um Care-Arbeit, Pflege und Gesundheit, wie sie in der Kampagne zum Care-Streik 2027 im Zentrum stehen, sind deshalb auch ökologische Kämpfe: Es geht um den Schutz von Körpern, Beziehungen und Lebensgrundlagen.

Die ökologische Frage ist damit ein integraler Teil der Klassenpolitik. Wir wollen deshalb zur Stärkung eines «Labour Turns» in der Klimabewegung beitragen: Ökologische Kämpfe müssen an die Interessen, Erfahrungen und Organisationsprozesse der Lohnabhängigen gebunden und ökologische Perspektiven in betriebliche und gewerkschaftliche Auseinandersetzungen eingebracht werden. Dies umfasst auch die Weiterentwicklung unserer internationalen Vernetzung, um von laufenden sozial-ökologischen Kämpfen zu lernen und gemeinsame Strategien der Transformation zu entwickeln.

Seit der neoliberalen Wende in der Schweiz nach der Wirtschaftskrise von 1991 bis 1996 rücken drei soziale Schlüsselprobleme zunehmend in den Fokus: explodierende Mietpreise, steigende Krankenkassenprämien und wachsende Altersarmut. Lohnabhängige geben mittlerweile rund die Hälfte ihres Einkommens für Miete und Krankenkasse aus. Ein Fünftel aller pensionierten Lohnabhängigen ist von Altersarmut betroffen.

Dass die reformistische Linke die drei Themen in erster Linie als Wahlkampfvehikel nutzt und in gesetzliche Sackgassen lenkt, darf uns nicht davon abhalten, zu den Themen Interventionen zu entwickeln – und zwar aus folgenden drei Gründen:

Erstens entspricht die im März 2024 angenommene 13.AHV-Rente einer der grössten sozialen Verbesserungen der letzten Jahre. Der Versuch des Bürgertums, das Abstimmungsresultat zu sabotieren, zeugt davon. Zweitens entwickelt sich, zumindest in Bezug auf die Wohnfrage, in einzelnen Städten eine Protestbewegung von Betroffenen und selbstorganisierten Mieter:inneninitiativen. Drittens ermöglicht die Politisierung der drei sozialen Fragen der revolutionären Linken, mit Milieus in Kontakt zu treten, die sie sonst kaum erreicht.

Im Zentrum der drei Themen steht die Frage der Verfügungsmacht über den gesellschaftlich produzierten Reichtum und dessen Verteilung. Es handelt sich um konkrete Klassenauseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. Wir kämpfen deshalb für eine solidarisch finanzierte Krankenversicherung, den Ausbau der AHV zulasten der profitorientierten 2. Säule sowie für die Vergesellschaftung von Boden und Wohnraum, um das Kräfteverhältnis zwischen den sozialen Klassen zu verändern.

**Für einen klassenkämpferischen
Care-Streik 2027!**

Politische Kampagnen sind für uns ein Mittel, um Inhalte zu propagieren, in die soziale Realität der Lohnabhängigen zu intervenieren, Bündnisse zu schaffen und schliesslich das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen zu verändern. Deshalb lancieren wir zwei nationale Kampagnen für den Zeitraum 2025–2027, an denen wir schweizweit arbeiten. Die gestärkte Nationale Koordination leitet die Kampagnen und sorgt für den Austausch und Informationsfluss zwischen den Regionen, Sektionen und beteiligten Arbeitsgruppen.

Das Ziel der Kampagne zum nationalen Care-Streik 2027 ist die Realisierung und Radikalisierung der Streikbemühungen in bezahlten Care-Berufen sowie unsere Verankerung in den entsprechenden Arbeitsumfeldern. Wir profilieren uns damit als klassenkämpferische Kraft mit grosser gewerkschaftlicher Erfahrung. Die Kampagne wird in den Sektionen durch eigenständige feministische (FINTA-)Strukturen ausgearbeitet und umgesetzt und dauert mindestens bis zum 14. Juni 2027. Je nach gewerkschaftlicher und sozialer Realität in den einzelnen Regionen werden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt.

**Arbeits-
schwerpunkt**

**Gegen Aufrüstung, Militarisierung
und Sozialabbau. Für eine
antikapitalistische Sicherheitspolitik!**

Die Koordinierung übernimmt eine noch zu konstituierende nationale feministische Struktur in Kooperation mit der Nationalen Koordination. Die Kampagne soll in Zusammenarbeit mit den regionalen feministischen Streikkollektiven, berufsbezogenen Basisorganisationen und wo sinnvoll mit Strukturen des Schweizerischen Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) umgesetzt werden.

In unserer antimilitaristischen Arbeit formulieren wir eine kompromisslose Kritik am herrschenden Sicherheitsdiskurs, den auch die Sozialdemokratie und die Grünen mittragen, und propagieren eine antimilitaristische, antiimperialistische, feministische, ökologische und antikapitalistische Sicherheitslogik. Wir bekämpfen die Militarisierung sowie die Auswirkungen der Aufrüstungspolitik (u.a. Sozialabbau), die letztendlich der Sicherung der Herrschaft des fossilen Kapitalismus dienen. Damit profilieren wir uns als politische Kraft links der etablierten linken Parteien. Ein möglicher Anlass zum Aufbau von kämpferischen Bündnissen gegen die Militarisierung ist das schweizweite Sparprogramm «Entlastungspaket 27» oder die Neutralitätsinitiative der SVP, über die in den kommenden Jahren abgestimmt wird.

Wir dürfen dabei die Gefahr der Mehrfachbelastungen unserer FINTA-Mitglieder nicht unterschätzen. Wir bauen deshalb die Unterstützungsarbeit durch cis-Männer aus und schaffen Räume, in denen geschlechtergemischt die feministische Intervention der Organisation getragen wird.

Darüber hinaus engagieren wir uns in Solidaritätsbewegungen mit von Krieg und Genozid betroffenen Bevölkerungen, beispielsweise in Palästina, der Ukraine und Kurdistan. Wir verstehen diese internationalistische, antiimperialistische Arbeit als Teil eines allgemeinen Kampfes gegen Militarisierung und Krieg.

Die antimilitaristische, internationalistische Arbeit wird in den Sektionen umgesetzt und in der Nationalen Koordination diskutiert und gefördert.

Aufgaben

Die BFS/MPS verfolgt im aktuellen und mittelfristigen Kontext das Ziel, ihren schweizweiten Aufbau zu stärken und dabei enge internationale Verbindungen zu knüpfen. Damit soll das politische Instrument geschaffen werden, das unsere Strategie trägt: eine schweizweite revolutionäre Organisation. Dazu konsolidieren und bauen wir die bereits bestehenden Sektionen aus, fördern die Entstehung neuer Sektionen und unterstützen neue antikapitalistische Kollektive mit der Perspektive einer unmittelbaren Zusammenarbeit mit dem nationalen Projekt der BFS/MPS.

Vor allem der Wiederaufbau uns von nahestehenden revolutionären, ökosozialistischen Kollektiven in der Westschweiz stellt eine Herausforderung dar und verlangt von uns politische Offenheit und Kooperationsbereitschaft. Die neu mit uns verbündeten Kollektive in der Westschweiz müssen nicht zwangsläufig den Namen BFS/MPS tragen. Entscheidend ist der Wille, sich in die schweizweite Dynamik einzuschreiben, die die BFS/MPS in ihrem Aktionsprogramm vorschlägt. Falls sich diesbezüglich eine neue schweizweite Dynamik entfaltet und die bisherigen Strukturen der BFS/MPS ein Hindernis darstellen, sind wir offen für den Aufbau einer neuen, schweizweiten Organisation auf revolutionär-sozialistischer Grundlage.

Zur Umsetzung des schweizweiten Organisationsaufbaus sehen wir folgende strukturelle Massnahmen als prioritär an:

- Konstituierung einer starken Nationalen Koordination, unterstützt durch ein nationales Büro
- Vereinheitlichung des öffentlichen Auftritts und des Propagandamaterials (Demoauftritte, Aktionen, Veranstaltungen, Webseiten, Social Media, Plakate etc.)
- Aufbau einer schweizweiten Redaktionsarbeit
- Vereinheitlichung der Bildungsarbeit und des Schulungsmaterials
- Stärkung unserer internationalen Vernetzung (Intensivierung der Kontakte zur IV. Internationale und weiteren befreundeten Organisationen, Beibehaltung und ggf. Ausbau des Anderen Davos, Beteiligung an transnationalen Mobilisierungen)

Oktober 2025

Bewegung für den Sozialismus

Aktionsprogramm der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS)

Das folgende Aktionsprogramm, das am Kongress der Bewegung für den Sozialismus im Oktober 2025 verabschiedet wurde, hat zum Ziel, den politischen Interventionen der BFS/MPS in den kommenden Jahren auf nationaler und regionaler Ebene einen gemeinsamen Rahmen zu geben. Es soll uns dabei unterstützen, in Kontakt mit befreundeten Kollektiven zu treten und den schweizweiten Aufbau antikapitalistischer Kräfte zu fördern. Wir skizzieren im Aktionsprogramm den globalen und nationalen Kontext des Kapitalismus, formulieren unsere politisch-strategische Ausrichtung, und nennen unsere zentralen Interventionsachsen sowie die Ziele für den Organisationsaufbau. Dabei handelt es sich selbstredend um einen Text, der in einem konkreten Moment geschrieben wurde und in diesen umbruchreichen Zeiten, die wir erleben, können sich die Verhältnisse auch unvorhergesehen verändern und nach anderen Antworten unsererseits verlangen.

